

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Er scheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfd.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zellenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfd.; in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfd.; amtlich 1 mm
30 Pfd. und 24 Pfd.; Reklame 25 Pfd. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelattet der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großnaundorf, Bretitz, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehemendorf, Ritzsch, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. F. Fricke's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 270

Montag, den 19. November 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Vor dem Staatsgerichtshof begann der Länderstreit um die Biersteuer.
Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Erfeld wurde ein Kauf-
mann verhaftet, der als Treuhänder ihm anvertraute Steuerbeträge
in Höhe von rund 100 000 Mark unterschlagen hat. Von diesen
Beträgen wurden sieben Erfelder Firmen betroffen.
Infolge schwerer Stürme gingen im Aemelkanal mehrere Schiffe
unter.

Wie der "Montag" aus Paris meldet, fand am Sonntag im Theatre
des Champs Elysees zum Jahrsbericht Gebenken ein Schubert-
Konzert statt, in dem die deutsche Altistin Eva Liebenberg
Schubertlieder sang.

Vertilge und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Geflügel-Ausstellung.) Mit der
am nächsten Sonnabend und Sonntag im Gasthof Pulsnitz N. O.
stattfindenden Geflügel-Ausstellung wird die diesjährige Aus-
stellungs-Saison in diesem Jahre eröffnet. — Der Eingang
der Anmeldebogen ist als "Sehr gut" zu bezeichnen. —
Die Ausstellung selbst eröffnen drei Volieren mit Gold-
und eine Voliere mit Mongol-Fasanen. Dieser folgen dann das
Wassergeflügel, wovon unter anderem allein 13 Kaffi-Camp-
bell-Enten gemeldet worden sind. — Von den Hühnern, die
in unseren neuen, hellen, verschließbaren Käfigen untergebracht
werden, sind die Zwerg-Bylandotten mit 19, die großen
Bylandotten mit 15 und die Hamburger mit 10 Tieren am
stärksten vertreten. Außer den Fasanen werden die in unserem
Verein neu eingeführten Holländer-Zwerg-Weißhänken be-
sondres Interesse erwecken. Die größte Konkurrenz finden
wir bei den Tauben. Allein 36 Brieftauben werden ver-
treten sein. Dieser folgen dann die Steigertropfer mit 19,
Estertröpper mit 12, Altdeutsche Kröpper u. Lufttauben mit je 11,
Straffer u. Brinnertröpper mit je 10 Tieren. Den Schluß bildet
eine Verkaufsabteilung, sodas jedermann Gelegenheit geboten
ist, für wenig Geld gute Kaffiere zu erwerben. — Während
beiden Ausstellungen findet eine Tombola-Lotterie statt.
Die Hauptgewinne: 2 Gänse, 1,2 Hühner, 2 Enten usw.
werden sicherlich für guten Absatz der Lose sorgen. — An-
meldungen, welche bis Dienstagabend noch eingehen (ev. tele-
phonisch), können noch Berücksichtigung finden. — Außer
einigen Privat-Ehrenpreisen stehen dem Verein zur Verfügung:
1 silberne Medaille und 1 silberner Böffel vom B. D. G.,
1 Ehrenurkunde der Landwirtschaftskammer sowie eine sil-
berne und eine bronzene Medaille des L. S. G. und zwei
Ehrenpreise des Geflügelzüchter-Vereins Pulsnitz.

(Kleiner Rückgang der sächsischen Ame-
rikaausfuhr.) Wie wir erfahren, hat sich die Ausfuhr
aus dem Freistaat Sachsen (mit Ausnahme der Leipziger
Kreisauptmannschaft) nach den Vereinigten Staaten von
Nordamerika im Oktober etwas verringert; sie stellte sich auf
nur 2531 247 Dollar gegen 2682 495 Dollar im Septem-
ber. Den größten Posten in der Ausfuhr bildeten baum-
wollene Kleidungsstücke mit 582 804 Dollar, dann folgten
Baumwollwaren mit 308 905 Dollar, Textilmaschinen mit
279 289 Dollar, und baumwollene Strumpfwaren mit
219 268 Dollar. Weidwaren wurden im Werte von
250 848 Dollar ausgeführt, andere Waren in kleineren
Wertmengen.

(Auswanderung aus Sachsen.) Wie uns
aus Dresden gemeldet wird, sind im August aus Sachsen
nur 167 Personen ausgewandert gegen 762 Auswanderer
aus Bayern, 275 aus Württemberg, 269 aus Baden und
57 aus Thüringen. Verhältnismäßig war also die Aus-
wanderung aus diesen Mittelstaaten bedeutend stärker als
aus Sachsen, namentlich in den drei süddeutschen Ländern.
Aus dem ganzen Reich sind im August 4096 Deutsche aus-
gewandert gegen 2911 im Juli d. J. und gegen 4497 im
August 1927. In den ersten acht Monaten d. J. sind aus
dem Reich 38 473 (1927: 40 626) Deutsche ausgewandert.
Eingereist sind im August 11 994 Personen, darunter 5794
Deutsche und 6200 Ausländer.

(Die Jagd auf Rebhühner) wird in Preußen
und in den meisten anderen deutschen Staaten, und auch im
Freistaat Sachsen, gefesslich mit dem Ablauf des 30. No-
vember geschlossen. Die Hühnerjagd ist in diesem Jahre
sehr verfallen ausgefallen. Es gibt Gegenden, in welchen
der Hühnerbesatz sehr gering war, da die ungünstige Witterung

Eine neue Krisengefahr beseitigt

Kampf der Fraktionen um Unterstützung für die Ausgesperrten im Ruhrgebiet.

Das Reich stellt einen Betrag zur Verfügung

Die Feier des 10-jährigen Bestehens der Demokratischen Partei

Berlin. Das Reichskabinett, der Inter-
fraktionelle Ausschuss der hinter der Regierung
stehenden Parteien, der Sozialpolitische Aus-
schuss und der Hauptausschuss des Reichstages
hatten sich am Sonnabend mit einem Konflikt beschäftigt,
der beinahe ernsthaft zu einer Regierungskrise geführt hätte.
Es handelte sich um die verschiedenen Anträge, die im
Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wegen einer
Unterstützung der Ausgesperrten im Ruhrgebiet vorlagen.

Ursprünglich beabsichtigten Zentrum und Sozialdemo-
kraten einen Antrag einzubringen, wodurch mit rückwirkender
Kraft bis zum 30. Oktober die Ausgesperrten durch die
Gemeinden unterstützt werden sollten. Dagegen erhob die
Deutsche Volkspartei Einspruch, und es kam sogar so weit, daß
die volksparteilichen Minister aus dem Kabinett aus-
zuscheiden drohten,

wenn ein entsprechender Gesetzentwurf etwa im Sozialpoli-
tischen Ausschuss von einer Mehrheit angenommen würde.
Die Absicht der Sozialdemokraten und des Zentrums,
den Ausgesperrten Arbeitslosenunterstützung zu zahlen und
eine entsprechende Änderung im Gesetz, mit rückwirkender
Kraft, vorzunehmen, ist von dem Reichskabinett nicht an-
erkannt worden. Das Kabinett beschloß vielmehr, daran
festzuhalten, daß die Ausgesperrten auf den Weg der Für-
sorge über die Gemeinden verwiesen werden müssen. Das
Kabinett stellte aber in Uebereinstimmung mit der preußi-
schen Regierung einen

bestimmten Betrag, um den Gemeinden die Fürsorge-
pflicht zu ermöglichen,

zur Verfügung. Bei der Auszahlung an die Ausgesperrten
soll kein Unterschied zwischen gewerkschaftlich organisierten
Ausgesperrten, die an sich Anspruch auf Unterstützung durch
ihre Gewerkschaften haben, und nichtorganisierten Aus-
gesperrten gemacht werden. Die Rückwirkung wird aber
nicht angewandt.

Nach diesem Beschluß des Kabinetts traten die Vor-
stände der Fraktionen zu Beratungen zusammen. Die end-
gültige Entscheidung hatte der Sozialpolitische Ausschuss.
Der Reichsarbeitsminister gab im Sozialpolitischen Ausschuss
bekannt, daß die Reichsregierung den Weg der Gesetgebung
nicht gehen wolle, sie wolle aber die Möglichkeit einer
ausreichenden Erfüllung der Fürsorge-
pflicht durch die Gemeinden schaffen und bitte daher um
die Ermächtigung des Reichstages, Mittel zur Verfügung zu
stellen. Offenbar handelt es sich um 20 Millionen
Mark. Der Sozialpolitische Ausschuss nahm dann nach
kürzer Debatte, bei der von deutschnationaler Seite danach
gefragt wurde, ob nicht etwa doch einzelne Parteiorgani-
sationen bei diesem Verfahren indirekt unterstützt werden
könnten, mit den Stimmen der Volkspartei, aber bei
Stimmeneinstellung der Deutschnationalen und gegen die
Stimmen der Kommunisten, eine entsprechende Entschlie-
fung an.

Der Reichstag bewilligt Unter- stützungen für das Ruhrgebiet.

16. Sitzung vom Sonnabend, 17. November.

Starke Unruhe herrschte, als die Abgeordneten am Sonn-
abend zur Reichstagsitzung den Plenarsaal betraten. Das Zu-
sammenkommen zum Handelsvertrag mit Süd-
flawien wurde dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.
Dann erhob sich Präsident Ebe und machte den Vorschlag, sofort
in die Beratung der Anträge des Sozialpolitischen Ausschusses
über die Unterstützung der Ausgesperrten in West-
falen einzutreten. Als er aber nur eine Viertelstunde Redezeit
verlangte, erhob sich sofort ein wüster Lärm auf den kommu-
nistischen Bänken. Präsident Ebe wies darauf hin, daß man
drei volle Tage über die Angelegenheit gesprochen habe. Von
allen Seiten werde verlangt, daß man mit den langen Reden
endlich aufhöre. Sämtliche Parteien wandten sich gegen die kom-
munistischen Versuche, die Sitzung durch unnötige Reden zu ver-
längern und stimmten einen kommunistischen Antrag auf eine
halbe Stunde Redezeit nieder. Die Kommunisten klappten mit
den Fulddeckeln und riefen aufgeregt: "Standall" und "Anerkenn-
t" Dan begründete der volksparteiliche Abgeordnete Pfeffer den An-

trag des Ausschusses, wonach die Reichsregierung nach
näherer Vereinbarung mit Preußen zur Abstellung der Notstände,
die durch die Aussperrung entstanden sind, Mittel zur Verfügung
stellen soll, um den in dem genannten Gebiet gelegenen Gemein-
den (Gemeindeverbänden) in Gemeinschaft mit Preußen eine
ausreichende Erfüllung der ihnen obliegenden
Fürsorgepflicht

zu ermöglichen. Weiter beantragt der Ausschuss unverzügliche
Feststellung der Schädigungen, die dem Handwerk
und Einzelhandel und der für den Lebensmittel-
markt tätigen Landwirtschaft durch die Aussperrung ent-
standen sind.

Die Parteien begnügten sich damit, Erklärungen abzugeben.
Der Sozialdemokrat Grafmann bedauerte die Ablehnung der
sozialdemokratischen Anträge im Ausschuss. Abg. Brüning
(Zentrum) stimmte dem Ausschussantrag zu. Für die Deutsch-
nationalen erklärte der Abg. v. Lindener-Wildau: Der
Antrag bedeute eine Vollmachtserteilung an die Reichsregierung,
deren zeitliche finanzielle und rechtliche Ausföhrung noch nicht
zu übersehen sei. Die deutschnationalen Fraktion wird sich der
Stimme enthalten. Kommunist Räder sprach vom Betrag an
den Arbeitslosen.

Demokrat Schneider-Berlin stimmte, wie die übrigen
Regierungsparteien, der Erklärung des Ausschussantrages zu.
Dara erhob sich

Reichsarbeitsminister Wisell,
um auf die Vorwürfe der Kommunisten einzugehen. Er betonte,
ein normal denkender Mensch könne wirklich keine Unterstützung
der Unternehmer herauslesen. Er erklärte namens der Reichs-
regierung, daß sie von der Ermächtigung des Ausschusses Ge-
brauch machen und sofort dementsprechend handeln werde. Der
Nationalsozialist Wagner wurde, als er von der Demagogie
der Parteien sprach, zur Ordnung gerufen. Er bekämpfte vor
allem die auswärtige Politik, er führte das Elend auf die Dames-
belastung zurück und verlangte, daß die deutschen Arbeiter nicht
mehr Sklaven des Ententekapitals seien.

Ueber den kommunistischen Antrag auf Zahlung der Ar-
beitslosenunterstützung wurde namentlich abgestimmt.

Der Antrag, dem andere kommunistische Anträge ange-
schlossen waren, wurde mit 329 gegen 52 Stimmen der Kommu-
nisten und Nationalsozialisten abgelehnt.

Auch die Abstimmung über die Entschlieung des
Ausschusses war namentlich. Die Ausschussanträge wurden
mit 267 gegen 59 Stimmen der Kommunisten und National-
sozialisten bei 55 Enthaltungen der Deutschnationalen ange-
nommen.

Es folgte die dritte Beratung der von den Regierungs-
parteien beantragten Verlängerung der Geltungs-
dauer des Steuermilderungsgesetzes.

Der Gesetzentwurf wurde angenommen; das Steuermilde-
rungsgesetz soll bis zum 30. September 1929 verlängert werden.

Die Zusatzverträge mit Preußen und Hamburg zu dem Staats-
vertrag über den Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich, der
Gesetzentwurf über die Prüfung der Befassungsmöglichkeit von
Vorfchriften des Reichsrechts und der Entwurf eines Ausliefer-
ungsgesetzes wurden zur Ausschussberatung überwiesen. Das Haus
vertagte sich auf Montag, 3 Uhr, zur Entgegennahme einer Erklä-
rung der Reichsregierung über die auswärtige Politik.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber am Verhandlungstisch.

Düsseldorf. Unter dem Vorsitz des Regierungs-
präsidenten Bergemann begannen am Sonnabend die
gemeinsamen Verhandlungen zwischen Arbeitgebern
und den Gewerkschaften zur Beilegung der Lohnunterschiede in
der westdeutschen Eisenindustrie. Der Arbeitgeberverband
teilte mit, da die Aussperrung auf gemeinsamer Grundlage
erfolgt wäre, könne natürlich auch die Zurücknahme der Kür-
digungen nur auf der gleichen Grundlage erfolgen.

Die Feier des 10-jährigen Bestehens der Demokratischen Partei

Die Nebenminister Dietrich und Schneiders

Berlin, 18. Nov. Anlässlich ihres zehnjährigen Be-
stehens veranstaltete die Demokratische Partei am Sonntag
mittag im "Rheingold" eine Kundgebung, auf der Reichs-

